

109-1/39

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Došlo

Čj. 109 - 1 / 39

Přílohy

15 listů JZ

15 listů 10.2 2009 JZ

ST

S

I. A - 17 - ⁶ /1942. g Rs

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren

Prag, den 12. September 1942

I l d - 4371/646 g

Geheim

An a) die Oberlandräte - Inspektore des Reichsprotectors
in Böhmen und Mähren

nachrichtlich:

- b) die Adjutantur des stellv. Reichsprotectors
- c) das Büro des Staatssekretärs
- d) das Büro des Generalinspektors der Verwaltung
- e) die Abteilungen I - IV
- f) die Zentralverwaltung
- g) die Gruppen
- h) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei
- i) den Befehlshaber der Ordnungspolizei
- k) den Vertreter des Auswärtigen Amtes
- l) den Wehrmachtbevollmächtigten
- m) den Befehlshaber der Waffen-SS
- n) die Parteiverbindungsstelle
- o) die Landesvizepräsidenten in Böhmen und Mähren
(pers. Anschrift o.V.i.A.)

Büro des Staatssekretärs
des Reichsprotectors
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 17. SEP. 1942

Betrifft: Berichte der Oberlandräte

Die Verwaltungsreform, insbesondere die jetzige Stellung der Oberlandräte als Inspektore des Reichsprotectors, macht eine Neuregelung des Berichtswesens erforderlich.

Unter Aufhebung der bisherigen Erlasse ordne ich daher an:

1. Bis zum 10. eines jeden Monats ist ein politischer Stimmung- und Lagebericht vorzulegen, der in 5-facher Ausfertigung an den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren z.Hd.v.Herrn Oberregierungsrat Dr.Landmann o.V.i.A. und in einer weiteren Ausfertigung unmittelbar an den Generalinspekteur der Verwaltung, Herrn Generalmajor der Polizei Reinefarth o.V.i.A., unter "Geheim" zu senden ist.
2. Getrennt von diesem Bericht ist gleichfalls bis zum 10. eines jeden Monats ein weiterer Bericht einzureichen, der die übrigen allgemein wichtigen Fragen und Erfahrungen wiedergibt, die nicht rein politischer Natur sind. Dieser Bericht ist in 6-facher Ausfertigung unter "Geheim" an den Herrn Reichsprotector z.Hd.v.Herrn Oberregierungsrat Dr.Landmann o.V.i.A. und in je einer weiteren Ausfertigung an den Generalinspekteur der Verwaltung, Herrn Generalmajor der Polizei Reinefarth o.V.i.A., sowie an Herrn Landesvizepräsidenten Naudé, Prag, sowie an Herrn Landesvizepräsidenten Schwabe, Brünn, zu senden. Der Umfang des Berichts ist knapp zu halten und hat sich nur auf die wirklich allgemein interessierenden Dinge (z.B. Feststellungen über die Verwaltungsreform, Vorschläge über weitere Vereinfachung der Verwaltung, Entwicklung des Deutschtums u.ä.) zu beschränken.

3.

St. G. IA-17 2/29/42

1a

3. Einzelfälle, die schon wegen ihrer Dringlichkeit oder der Notwendigkeit einer Sonderbehandlung nicht in die Monatsberichte gehören, bitte ich in 2-facher Ausfertigung jeweils sofort unmittelbar dem Generalinspektor der Verwaltung eingehen zu lassen. Hierdurch wird einmal eine beschleunigte Erledigung gewährleistet und weiter der Umfang der monatlich zu erstattenden Berichte auf das notwendige Mindestmaß zurückgeführt.



In Vertretung:
gez. K. H. Frank
Beglaubigt:

K. H. Frank
Min. Registrator

L. a. d. M.

1. 25/9. 42.

06764



Der Oberlandrat

Geheime Reichssache

3lin, den 20. Dezember 1941.
Telephon Nr. 401406

Nr. 501 gRs.

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Zwei Ausfertigungen.
I. Ausfertigung.

An den

Herrn stellvertretenden Reichsprotector
SS-Obergruppenführer und General der Polizei
H e y d r i c h o.V.i.A.
in P r a g .

Der Reichsprotector Pers. Sekretariat
22. DEZ 41 g. Rs.
Anl.
Rpr. 44 Bearb. I-1

Auf der letzten Dienstbesprechung der Oberlandräte in Prag wurde diesen die kommende Verwaltungsreform im Protektorat in grossen Zügen vorgetragen. Ich halte es für eine glückliche Lösung, dass man zunächst die Leitung der unteren Verwaltungsbehörden grundsätzlich in deutsche Hände legt und gleichzeitig die Ministerien der autonomen Regierung praktisch unter deutsche Leitung stellt, während man die schwierige Frage der Mittelinstanzen durch die Beibehaltung der Oberlandräte überbrückt. Trotz mancher Bedenken bezüglich der restlosen Beseitigung der Bezirkshauptleute tschechischen Volkstums sprechen dafür bestimmte Gründe der Reichssicherheit, die Beibehaltung der Oberlandräte verbürgt andererseits eine intensive Beaufsichtigung der neuen Stelleninhaber, die zunächst zweifellos notwendig ist. Gegen die Bildung von Regierungspräsidien und Oberpräsidien im Protektorat während der Kriegsdauer spricht der Umstand, dass eine endgültige Abgrenzung der in Betracht kommenden Gebiete, insbesondere nach Norden und Süden während des Krieges kaum erfolgen kann und wird.

Im übrigen ist derzeit die dienstliche Beanspruchung der Oberlandratsämter recht beachtlich. Insbesondere werden die bevorstehenden Sprachenprüfungen eine grosse Arbeitsbelastung mit sich bringen. Im hiesigen Oberlandratsbezirk müssen sich beispielsweise rund 800 Beamte der Sprachenprü-

fung unterziehen. Den Vorsitzenden der beiden Prüfungskommissionen, nämlich dem Oberlandrat und dessen Stellvertreter, wird also in den nächsten Monaten die Aufgabe zufallen, 800 deutsche Diktate und 800 Uebertragungen aus dem Tschechischen in das Deutsche zu beurteilen und 800 Prüflinge je 15 Minuten zu dreien einer mündlichen Prüfung zu unterziehen.

Nach den hiesigen Erfahrungen scheint übrigens das Berufsbeamtentum allmählich zum Mangelberuf werden zu wollen. Einer Anzahl von jüngeren an sich geeigneten Angestellten meines Amtes war jüngst die Gelegenheit geboten, in die mittlere oder gehobene Beamtenlaufbahn einzutreten. Die meisten Angestellten lehnten mit der Begründung ab, dass sie nach dem Kriege im Wirtschaftsleben ein besser bezahltes und angenehmeres Unterkommen zu finden erhoffen. Ich glaube, dass zu dieser Entwicklung auch eine gewisse geringschätzigte Meinung beiträgt, die sich über den zwangsläufig in einen engen Pflichtenkreis eingespannten Beamten im Volke breit macht. In dieses Kapitel gehört auch die Tatsache, dass die deutsche Presse im Protektorat heute die offizielle Anwesenheit eines Oberlandrats bei irgend einer Veranstaltung mitunter mit Stillschweigen übergeht, während vor 1 - 2 Jahren in der gleichen Presse die Person der Oberlandräte ziemlich überflüssigerweise mit spaltenlangen Lebensläufen, Bildveröffentlichungen u.ä. bedacht wurde. Solche Entwicklungen fallen natürlich der deutschen wie der tschechischen Bevölkerung auf.

Die politische Haltung der deutschen Bevölkerung meines Amtsbezirkes war im Berichtsmonat tadellos. Wenn auch den heimischen Deutschen allerhand Fehler und Mängel anhaften, so sind sie doch in einem Punkte lobenswert: Meckern und Anwendungen von Kleinmut gehören zu den ganz seltenen Ausnahmefällen. Im übrigen ist anzuerkennen, dass sich das moralische Niveau des hiesigen Deutschtums seit 2 1/2 Jahren entschieden gebessert hat. Dieser Umstand ist in erster Linie der beharrlichen Arbeit der Partei und ihrer Gliederungen, zum

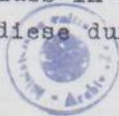


Teil aber auch dem Einfluss der deutschen Behörden zuzuschreiben. Die Hauptübel, die noch zu bekämpfen sind, sind die Sucht, möglichst schnell zu Wohlhabenheit zu kommen und der daraus entspringende gegenseitige Neid, endlich auch ein überhebliches zuweilen auch provozierendes Verhalten gegenüber der fremdsprachigen Bevölkerung. Der Kriegsablauf hat die grossangelegten Pläne für die deutsche Volkstumspolitik im hiesigen Raume zwangsläufig zum Stillstande gebracht. Diese Pläne verlangen nicht nur den Einsatz des gesamten heimischen Deutschtums, sondern darüber hinaus den Zuzug von wertvollen deutschen Elementen aus den angrenzenden Räumen. Während aber einerseits der Zuzug ausbleibt, wird das heimische Deutschtum durch die zunehmenden Einberufungen zum Heeresdienst immer mehr geschwächt. Es ist schon beinahe ein Stadium eingetreten, in dem die allgemeine Sicherheit dadurch zu leiden beginnt. Die deutschen Behörden bedürfen, um hier im grossdeutschen Raume arbeiten zu können, irgendwelcher deutscher Vertrauensmänner und Anlaufpunkte. Notwendige Informationen, die aus tschechischen Quellen bezogen werden, müssen immer wieder einer Gegenprüfung von deutscher Seite unterzogen werden. Um diesen Dienst aufrecht erhalten zu können, ist besonders im streudeutschen Gebiet eine Berücksichtigung der volkstumpolitischen Interessen bei Einberufungen unumgänglich notwendig. Immerhin lassen wir uns auch in der Volkstumspolitik nicht durch die Zeitverhältnisse unterkriegen, sondern setzen die Kleinarbeit fort, wenn wir grosse Pläne nicht verwirklichen können. In Zlin wurde ein deutscher Dentist angesetzt, in der Stadt Wisowitz die Bestellung eines deutschen Bürgermeisters in die Wege geleitet, in der Stadt Ung. Brod das Bürgermeisteramt durch die Verleihung der Reichsangehörigkeit an den bisherigen Stelleninhaber in deutsche Hände überführt. Gans besonders wertvolle deutsche Stützpunkte wurden in letzter Zeit hier im Wege der Arisierung geschaffen. Es kann nicht genug unter-

4a

strichen werden, wie förderlich es dem deutschen Ansehen ist, wenn ein tüchtiger deutscher Geschäftsmann hier einen bedeutenderen jüdischen Betrieb übernimmt. Ich denke z.B. an einen Ing. Richter, der kürzlich eine jüdische Wäschefabrik in Bistritz a. Host. übernommen hat, den verlotterten Betrieb in kürzester Zeit in Ordnung brachte und durch soziale Gerechtigkeit seine tschechische Gefolgschaft hinter sich brachte, der er als vorbildlicher Arbeitgeber gilt. Aehnliche Verhältnisse haben sich durch die Arisierung der bekannten Schnapsbrennereien in Wisowitz eingestellt. Voraussetzung dafür, dass auf diese Weise ein deutscher Stützpunkt entsteht, ist allerdings die Ortsanwesenheit des Inhabers mit seiner Familie, die Kenntnis der Landverhältnisse oder doch der ehrliche Wille, sich diese Kenntnisse anzueignen, und die Absicht, hier dauernd seine Zukunft zu gestalten. Das gerade Gegenteil, nämlich eine Schmälerung des deutschen Ansehens, wird durch jene Arisierungshyänen erreicht, die das Objekt durch irgendwelche Beauftragte ausbeuten lassen.

Die fremdsprachige Bevölkerung war im Berichtsmonat wieder einmal der Fieberskala wechselnder Stimmungen unterworfen. Der Kriegseintritt Japans wirkte als unerwarteter Schlag, noch mehr die japanischen Anfangserfolge. In den letzten Tagen werden wiederum böswillige Gerüchte über deutsche Rückzugsbewegungen im Osten verbreitet. Dabei ist mir bekannt, dass die Zahl der Leute, die ein Eindringen der Bolschewisten in diesen Raum tatsächlich wünschen würde, nicht allzu gross ist. Ganz dagegen sind die Bauern und Geschäftsleute. Auch die Arbeiterschaft würde in der grosse Masse eine soziale Ordnung im Sinne des Dritten Reiches dem Sowjetsystem vorziehen. Es müsste unsere Aufgabe sein, hier eine Atmosphäre der Stetigkeit zu schaffen. Da aber immer wieder die Gerüchte über eine Massenemigration nach dem Kriege umherspucken, gerät die Masse naturgemäss in eine nihilistische Mentalität hinein. Genährt wird diese durch die tschechische Intelligenz,

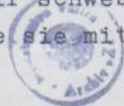


die nun allerdings fühlt, dass ihre Stunde vorüber ist. Gefährlich wird dieser Einfluss dadurch, dass infolge des früher hier herrschenden Studierwahnes fast jede Sippe irgend einen angeblichen Intelligenzler besitzt, der sie unter Druck hält.

Bezüglich der Bodenpolitik möchte ich dringend abrat-
ten, in der Bauernschaft eine Panikstimmung zu erzeugen. Da Grund und Boden nicht davonlaufen, kann mancher notwendige Eingriff vertagt werden u.zw. umsomehr dann, wenn keine tüchtigen deutschen Menschen zur Verfügung stehen, die den Boden unter den Pflug nehmen können. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die slowakischen Bauern die kommende Erzeugungsschlacht mit besonderer Verbissenheit schlagen werden, wenn über ihren Häuptern das Damoklesschwert der Enteignung schwebt. Der mittlere und kleine Bauer hängt an der Sicherheit seines Besitzes und ist bereit, dafür sehr bedeutende politische Opfer zu bringen.

Jüngstens habe ich mit dem deutschen Generaldirektor des Unternehmens Baťa in inoffizieller Weise, nämlich vor Eröffnung, eine Kunstausstellung des mährischen Künstlervereines besucht, die von der Kunstschule des Unternehmens Baťa veranstaltet wurde. Ich konnte mich dabei überzeugen, dass keine Auswüchse geduldet wurden, dass insbesondere der öffentlichen Sittlichkeit sehr Rechnung getragen war, dass aber eine erhebliche Anzahl von Werken zur Schau gestellt wurden, die bei uns wegen ihrer perversen Maltechnik zurückgewiesen worden wären. Was gut war folgte der deutschen Schule, im übrigen zeigten sich französische und jüdische Einflüsse. Der ausstellende Künstlerverein nimmt nur Mährer auf, die aber zum grossen Teil in Prag tätig sind. Es zeigt sich, dass der grössere deutsche Bluteinschlag in Mähren künstlerische Instinkte wachruft, die in Böhmen selten sind. Geradezu kindisch ist die Bewertung der eigenen Kunstwerke durch die Künstler selbst. Sie verwechseln Ursache und Wir-

kung. Der grösste tschechische Maler Manes hat sich bekanntlich an den grossen Vorbildern der deutschen romantischen Schule genährt. Der Kunstmaler Kučera, Vorstand des mährischen Künstlervereines, glaubt hingegen, Manes sei aus sich selbst gewachsen und sei sozusagen der tschechische Dürer. Bemerkenswert ist es übrigens, dass die mährisch-slowakischen Künstler eine besondere Vereinigung " Svum " mit dem Sitz in Göding bilden und dort ihre Ausstellungen veranstalten. Dieser Verein, der den Gebrüdern Uprka sein Entstehen verdankt, fusst unter Benützung heimatlicher Motive gänzlich auf der Technik der Münchner und Wiener Schule und bringt auch heute noch zum Teil vorzügliche Arbeiten zur Schau. Demgegenüber scheint mir der mährische Künstlerverein in Brünn ein reichlich intellektuelles Gebilde darzustellen. Zur Frage der mährischen Slowakenpolitik wäre darauf hinzuweisen, dass die Vereinigung Národopisná Morava, die Trägerin dieser Politik in entschieden deutschfreundlichem Sinne ist, aktiviert werden muss, wenn irgend ein vernünftiges Ergebnis erzielt werden soll. Der Vorstand der Vereinigung, Kunstmaler Uprka, ein Sohn des grossen Malers, ist ein etwas selbstgefälliger und eifersüchtiger Mann, der alles selbst machen will, aber damit nicht zum Rande kommt. So konnte es geschehen, dass die Vereinigung zwar über eine Anzahl von Vertretern verfügt, die bei festlichen Anlässen in schmucker Tracht gezeigt werden, dass aber die organisatorische Leistung und damit die Durchdringung der Massen recht dürftig ist. Der Wille zur Zusammenarbeit mit den Deutschen ist bei der mährisch-slowakischen Bevölkerung überhaupt vorhanden, aber es fehlt noch an der klaren Ausrichtung. In letzter Zeit bemüht sich der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Ung.Hradisch Dr.Sova, den ich für einen lautereren Charakter halte, etwas mehr System in die Sache zu bringen. Mir schwebt für die mährische Slowakei eine Politik vor, wie sie mit glücklichem Erfolg in der



Lausitz und im Spreewald angewendet wurde. Ich bin überzeugt, dass die mährische Slowakei in einer Generation genau so tüchtige Soldaten stellen könnte, wie es der Spreewald seit langem tut. Um eine nordische Rasse handelt es sich trotz deutschen Bluteinschlages allerdings weder hier noch dort.

In eine etwas peinliche Lage wurde ich durch die an sich völlig begründete staatspolizeiliche Schliessung des tschechischen Realgymnasiums in Ung.Hradisch, den Mittelpunkt der mährischen Slowakei, gebracht. Dieses Gymnasium wird neben einer Ueberzahl von chauvinistisch verhetzten Söhnen tschechischer Beamten auch von einer Anzahl von Söhnen solcher slowakischer Familien besucht, die mit uns bisher gut zusammengearbeitet haben. Die Staatspolizei-Leitstelle Brünn hat mir die Erlaubnis erteilt, diese Schüler an benachbarten Schulen unterzubringen. Nichts wirkt sich so ungünstig aus, als dass wirklich aufgeschlossene Elemente von den Massnahmen getroffen werden, die den chauvinistischen Hetzern gelten. Mit Schadenfreude wird dann behauptet, dass jene nun den Dank dafür hätten, dass sie mit den Deutschen gelaufen seien. Nach dieser Richtung ist es mir auch nicht angenehm, dass nunmehr Pläne ventilirt werden, jene Tschechen, die sich auf Grund der Verordnung vom 20.4.1939 zum Deutschtum bekannt und die Reichsangehörigkeit erworben haben, wegen ihrer zum Teil mangelhaften Sprachkenntnisse vom Wehrdienst auszuschliessen. Zuzugeben ist, dass nach der Errichtung des Protektorats manche Tschechen die Reichsangehörigkeit erlangt haben, die man heute nicht allzu gerne in unseren Reihen sieht. Es handelte sich damals darum, die Statistik des heimischen Deutschtums hoch zu treiben, um die Gründung deutscher Einrichtungen, wie Schulen, an gewissen Orten zu begründen und zu rechtfertigen. Um grosse Zahlen handelt es sich bei diesen Leuten nicht. Dagegen sind seit etwa Jahresfrist Tschechen zur Reichsangehörigkeit nur nach einer sehr

ba

strengen Prüfung gelangt. Ich glaube, dass sich für diese Leute immerhin eine militärische Verwendung finden lässt, die ihren unvollkommenen Sprachkenntnissen gerecht wird. Der Ausschluss vom Wehrdienst würde ehrenrührig wirken und die offenbar deutsche Gesinnung ersticken. Ganz fehl geht der Vergleich mit den deutschen Reichsangehörigen in Wien oder im Sudetenland tschechischen Volkstums. Denn diese bezeichnen sich als Tschechen, obwohl sie Reichsangehörige sind, während jene Reichsangehörige geworden sind, weil sie nicht mehr Tschechen sein wollen. Ob allerdings Bekenntnisse zum Deutschtum auf Grund der Verordnung vom 20.4.1939 nun auf lange Sicht entgegengenommen werden sollen, ist eine andere Frage. Vielleicht kann auch hier die widerrufliche Verleihung der Reichsangehörigkeit für die Zukunft eingeführt werden. An den erworbenen Rechten der Reichsangehörigen sollte man nicht rütteln, weil wir sonst in den Ruf kommen, dass wir unser Wort nicht halten.

V. Bayerl



06759

Dr. von Burgsdorff
Unterstaatssekretär

7601
4
Prag, den 10. Januar 1942.

Herrn Staatssekretär.

Gemäss Weisung des Obergruppenführers erstatten die Oberlandräte sogen. politische Berichte einmal im Monat. Bisher ist mir nur der November-Bericht des Oberlandrats in Zlin zugegangen, der beiliegt. Ich weiss nicht, ob Ihnen die Berichte zugegangen sind.

Ich wäre dankbar, wenn veranlasst werden könnte, dass diese Berichte auf dem geordneten Dienstwege über Sie dem Obergruppenführer vorgelegt werden. Die Kenntnis dieser Berichte ist für Sie, für mich und das Amt gegebenenfalls wesentlich.

Hj.
7/ bemerkt: Das Anforderliche müsste vor-
anlaufen.

2/2. u. d.

H. B. v. 42.

H. B. v. 42.

I A - 1766

6.
8


Prag, den 23. Dezember 1941.

Geheime Reichsache

K.H. mit 1 Anlage
dem Herrn Unterstaatssekretär

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlage zur gefälligen Kenntnisnahme vorgelegt.

Die von %-Obergruppenführer Heydrich verfügte Rücksprache ist von dem Herrn Staatssekretär wahrgenommen worden. Der Herr Staatssekretär läßt Sie bitten, den vom Oberlandrat in Zlin erstatteten Lagebericht einer Durchsicht zu unterziehen und, falls Sie es für notwendig erachten, zum Gegenstand einer Rücksprache zu machen.


Oberregierungsrat.

W. ...

1664

Geheime Reichsache

Handwritten mark

Der Reichsprotector

in Böhmen und Mähren
- M. d. F. d. G. b. -

Prag IV den 24. November 1941

R.Pr. Nr. 36 / 41 g. Rs.

Betr.: Politischer Lagebericht für Monat
November des Oberlandrates in Zlin

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.
Sonten der Oberstufe

Anl.g.: Schreiben des Oberlandrates in Zlin
Nr. 473 gRs. vom 20.11.1941

Bohnpapierkonto Nr. 98.600 und Mikrofoto
bei der Rationalbank für Böhmen und Mähren
in Prag

- Adjutant -

An den
Herrn Staatssekretär
SS-Gruppenführer F r a n k
P r a g

Handwritten signature in red ink

Obergruppenführer bittet zu dem beiliegenden
Schreiben des Oberlandrates in Zlin um Rücksprache.

Handwritten signature: von H. Graf. Frank zürück

Handwritten signature: Hauptsturmführer
SS-Hauptsturmführer

Handwritten note: Eingegangen am 28.11.41

Handwritten note: Stefan He.

Präsident RW
Der Oberlandrat

8
10
Zlin, den 20. November 1941.
Telephon Nr. 401-406

Nr. 473 gRs.

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Geheime Reichsangelegenheit

An den
Herrn stellvertretenden Reichsprotector
SS-Obergruppenführer und General der Polizei
H e y d r i c h o. V. i. A.
in P r a g .

Der Reichsprotector Pers. Sekretariat	
21. NOV. 41 <i>Tagg. R.</i>	
Anf.	
Rpr. 56	Bearb. b. d. S.

Betrifft : Politischer Lagebericht für Monat November.

Die inzwischen erfolgte Aufhebung der Dienststelle des Reichsprotectors für das Land Mähren gibt Veranlassung, sich als Beamter des deutschen Aussendienstes im Protektorat erneut mit dem hiesigen Verwaltungssystem zu befassen. Die deutsche Verwaltung im Protektorat wurde als reine Aufsichtsverwaltung von Anfang an aus zwei Erwägungen heraus aufgezogen. Einesteiis musste dem Protektoratsgedanken eine Konzession gemacht werden, andererseits sah man kurz vor Beginn eines grossen Krieges die praktische Unmöglichkeit, die Verwaltung in sämtlichen Zweigen unmittelbar zu übernehmen. Zweifellos bedeutete die Dienststelle für das Land Mähren eine Anomalie in der zwei Instanzen zählenden deutschen Aufsichtsverwaltung. Sie trug allenfalls der Tatsache Rechnung, dass die Verhältnisse im Lande Mähren nach verschiedener Richtung einer besonderen Behandlung bedürfen. Die wichtigste Handhabe der deutschen Macht im Protektorat war das in der Aufbauordnung verankerte Weisungsrecht, das selbstverständlich in seiner Anwendung lediglich gegen eine tschechische Bürokratie gedacht war. Das Weisungsrecht war notwendig, da gerade das Paragraphen-Gestrüpp alter und ältester Gesetze der tschechischen Bürokratie die Möglichkeit des passiven Widerstandes in der glücklichsten Form verschaffte. Auf dieser Grundlage

10a

wurde von den deutschen Aufsichtsbehörden bisher eine Arbeit geleistet, die das politische und wirtschaftliche Gesicht des Landes immerhin in bedeutsamer Weise verändert hat. An Reformvorschlägen hat es im Laufe der letzten Jahre nicht gefehlt. Sie bewegten sich meistens in der Richtung eines starken Macht- ausbaues für einige oder alle Oberlandräte und trugen teilweise eine recht persönliche Note. Leider trat alsbald auch eine Beamtenfeudalität in Erscheinung, die mir aus den simplen Verhältnissen meiner engeren Heimat unbekannt war. Dieses Wesen erregte bei den heimischen Deutschen eine Abneigung, die sich zuweilen zu hellem Hasse steigerte, aber auch manchem Deutschen aus dem Altreich, der hier tätig war, ging es auf die Nerven. Persönliche Unbeliebtheiten waren somit der erste Anstoss für die aus dem heimischen Deutschtum hervorgehenden Bestrebungen, die Ueberlagerung der Protektoratsverwaltung durch die ihnen unsympatische deutsche Aufsichtsverwaltung zu beseitigen und die Protektoratsverwaltung unmittelbar in deutsche Hände zu legen. Tatsache ist jedenfalls, dass dieser Prozess eingeleitet wurde und heute weit fortgeschritten, aber längst noch nicht abgeschlossen ist. Dadurch ist jetzt ein gewisser krisenhafter Zustand der Halbheit eingetreten, der Unsicherheit hervorruft. Meines Erachtens müssten 2 Voraussetzungen erfüllt sein, falls die Oberlandräte als untere Stanz der deutschen Aufsichtsverwaltung entbehrt werden sollen :

1.) Die Landesbehörden müssten in ihrer Eigenschaft als vorgesetzte Stelle der Bezirksbehörden im deutschen Sinne so ausgebaut sein, dass der deutsche Bezirkshauptmann auf allen Verwaltungsgebieten auch wirklich einen unbedingt verlässlichen Rückhalt an ihnen hätte. Nach meiner Erfahrung konnte in dieser Richtung bisher noch sehr wenig geschehen, woran die gegenteilige optimistische Meinung von Interessenten nichts ändert.



06755

g
19

2.) Die Bezirksbehörden müssten restlos mit deutschen Beamten besetzt werden, die nicht nur die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sondern darüber hinaus auch in der Lage sind, sich im deutschen Sinne durchzusetzen und solche fachliche Arbeit zu leisten, die der fremden Umwelt Achtung abnötigt.

Ob diese Voraussetzungen während des Krieges erfüllt werden können, weiss ich nicht, weil es sich ja um eine reine Frage der Menschengewahl bzw. der Möglichkeit zu einer solchen handelt. Ich glaube, dass man das Tschechentum nicht unterschätzen darf. In der Ausübung eines passiven leise dahinschleichenden Widerstandes ist es sogar Meister. Wenn im hiesigen Raume ein wackeliger Oberbau geschaffen würde, würde sich darunter das Tschechentum umso wuchtiger konsolidieren. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass mancher deutsche Bezirkshauptmann mit samt dem die deutsche Abteilung repräsentierenden Regierungsinspektor in der ihn umgebenden tschechischen Flut untergehen könnte. Demgegenüber glaube ich mit Recht ausführen zu dürfen, dass die Einrichtung der Oberlandräte, solange sie besteht, in einer der Würde des Reichs angemessenen Form bestehen sollte, d.h., dass man den Oberlandräten insoweit die notwendigen Machtmittel ebenso wie die notwendigen Ehrenrechte belassen müsste.

Sollte die faktische Beseitigung der Protektoratsverwaltung mit der restlosen Uebernahme sämtlicher Schlüsselstellungen durch deutsche Beamte in absehbarer Zeit erreicht werden können, so wird sich schliesslich noch ein Uebergangsstadium ergeben, das der besonderen Beachtung bedürfen wird. Es wird in diesem Falle eine grössere Anzahl von Männern in wichtige Stellungen einrücken, z.B. in die von Leitern der Bezirksbehörden, die bisher unter normalen Verhältnissen noch keine Behörde geleitet haben, geschweige denn unter den besonders schwierigen des hiesigen Raumes. Man wird sogar auf

Ma

solche Persönlichkeiten zurückgreifen müssen, die sich erst vor kürzerer Zeit zum Deutschtum bekannt haben und daher in dieser Umgebung besonders anfällig sind. Hier wäre es meines Erachtens angebracht, die Oberlandräte als aufsichtführende Beobachter noch solange zu belassen, bis sich der neue Verwaltungswagen einigermaßen eingefahren hat. Dagegen halte ich es auf die Dauer für untragbar, die Oberlandräte nur deswegen beizubehalten, damit sie Beobachtungen machen und Räte erteilen können.

Ein ausserordentlich wichtiges Problem stellt im Lande Mähren die Frage dar, welche Politik gegenüber der fremdsprachigen Bevölkerung einzuschlagen ist. Dieses Problem wird immer dringender und kann kaum mehr zur Gänze auf die Nachkriegszeit vertagt werden. Mähren hatte bekanntlich bis zur Entstehung der Republik stärkste Bindungen zu den angrenzenden deutschen Sprachgebieten, im Süden insbesondere zur Stadt Wien. Der Tschechisierungsprozess ging daher hier viel langsamer vor sich als in Böhmen, es wurde auch niemals der dort herrschende Grad der Gehässigkeit im Volkstumskampf erreicht. Die rassisch besonders wertvollen Stämme in Mähren, wie die Hannaken und Slowaken, hatten bei Pflege ihres eigenen Stammesstolzes eine natürliche Abneigung gegen die minderachteten Böhmen, die überdies als verlogen und gewinnsüchtig verschrienen waren. Dazu kam das Vorhandensein eines atarken deutschen Bluteinschlages, der bis in die dörfliche Bevölkerung hinein gefunden werden kann. Das böhmische Tschechentum hat sich daher immer zu besonderen Kraftanstrengungen veranlasst gesehen, um die Tschechisierung in Mähren vorwärts zu treiben. Zu diesem Behufe wurden etwa seit den 90-er Jahren systematisch böhmische Intellektuelle in Mähren angesetzt, die dort den politischen Kampf zu führen und die notwendigen Hilfsorganisationen wie Sokol und Národní jednota aufzuziehen hatten. Besonders erfolgreich gestaltete sich diese Wirkungsweise in der Republik, wo die Verbindungen mit Wien

06754



20
12

vollkommen abrisen und starke Bindungen zur Staatszentrale Prag errichtet wurden. Ich habe mir oft die Frage vorgelegt, ob wir nach dem Kriege in der Lage sein werden, den hiesigen Raum, der wahrhaftig ein Herzstück des Grossdeutschen Reiches darstellt, restlos mit Deutschen zu besetzen. Ich musste diese Frage immer wieder mit Rücksicht auf die Tatsache verneinen, dass dieser Raum zur Erhaltung seiner wirtschaftliche Kapazität eine besonders dichte Besiedlung verlangt. Man kann übrigens von einer Rückständigkeit der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft hier nur insoweit reden, als die gewaltige Entwicklung des Dritten Reiches noch nicht nachgeholt ist und während des Krieges auch nicht gänzlich aufgeholt werden kann. Nach meinen Beobachtungen besteht trotz einer Fülle von staatsfeindlichen Einzelakten bei der Masse der Bauern, Arbeiter und Gewerbetreibenden keine grundsätzliche Abneigung, sich dem grossdeutschen Gedanken einzuordnen. Die allgemeine Spannung rührt von dem Gedankengang her, man könne es anstellen wie man wolle und würde es den Deutschen doch nicht recht machen können, keiner sei sicher auf seiner Scholle, auf seiner Arbeitsstelle, in seiner Werkstatt. Es ist daher notwendig, den Leuten für die Zukunft eine klare Chance zu bieten, die in der Sicherstellung ihrer Existenz für den Fall besteht, dass sie bereit sind, im Grossdeutschen Reiche aufzugehen. Sehr schwer wird es fallen, der Intelligenzschicht eine gleiche Zusicherung zu erteilen, da sie der Träger des slawischen Gedankens war und heute noch weltanschaulich stark belastet ist. Aber auch hier werden keine Radikallösungen gefunden werden können, weil eine grosse Anzahl von einheimischen Intelligenzlern wie Aerzten, Tierärzten, Apothekern, Ingenieuren, Subalternbeamten, gehobenen Angestellten, auf längere Zeit noch nicht entbehrt werden kann. Für eine systematische Eindeutschung weiter Schichten der fremdsprachigen Bevölkerung sehe ich keine unüberwind-

12a

lichen Schwierigkeiten, vor allem nicht auf dem rassischen Gebiete. Viel grösser sind die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der weltanschaulichen Erziehung, die nur beseitigt werden könnten durch einen Masseneinsatz von deutschen, aber tschechisch-sprechenden Lehrern auf den tschechischen Schulen. Es müsste meines Erachtens hier ein Schultyp entstehen, der tschechisch-sprechende Kinder aufnimmt und deutsche Menschen entlässt, also ein Typ, wie er ungewolltermassen von vielen deutschen Schulen hier tatsächlich vertreten wird. Nichts erfordert grössere Aufmerksamkeit als die Sprachenfrage. Die Kenntnis der deutschen Sprache muss mit jedem möglichen Anreiz gefördert werden, sodass eine rasche Entwicklung von der Doppelsprachigkeit zur Einsprachigkeit vorbereitet wird. Diese grundsätzlichen Methoden können durch eine grosse Anzahl von weiteren Massnahmen ergänzt werden. So gilt es, willige und zugleich wertvolle Kräfte aufzufinden, zu lenken und zu schulen, sie im öffentlichen Leben geeignet anzusetzen, stämmische Eigentümlichkeiten, die der Panslawismus schon bisher als hinderlich empfunden hat, können in einem dem deutschen Gedanken günstigen Geiste ausgerichtet werden u.a.m. Zwei Eigenschaften können allerdings hier und bei jeder Politik der Umvolkung nicht entbehrt werden: Ein gewisses Mass von Geduld und von Takt. Auf alle Fälle muss die deutsche Führungsschicht, die sich diesem Werke widmet, von einem hohen Masse von Idealismus getragen sein.

Auf ein Störungsmoment darf ich hinweisen, das aus dem heimischen Deutschtum kommt. Es gibt eine Sorte von Volksdeutschen, die im Volkstumskampf weder gelitten, noch gestritten hat, die sich als Tschechen getarnt hatte oder sich als solche wirklich fühlte, die aber heute glaubt, die fremdsprachige Bevölkerung tyrannisieren zu dürfen und dafür von dieser zum Schaden des Deutschtums mit Hass und Verachtung bedacht wird. Dagegen sind sich verständige deutsche Kämpfer aus dem

06753



21
13

hiesigen Raume des Ernstes der völkischen Probleme völlig bewusst. Wenn ich die Verhältnisse des Zliner Oberlandratsbezirkes ins Auge fasse, so kann ruhig behauptet werden, dass für das Streudeutschtum sehr viel getan worden ist, besonders in materieller Hinsicht, manchmal mehr, als nach der Qualität der Betreuten billigerweise verantwortet werden kann. Wenn ich mir die Tatsache vorhalte, dass im Oberlandratsbezirk Zlin heute 3000 Streudeutsche rund 510.000 fremdsprachigen Mährern gegenüberstehen, so erhellt daraus ohne weiteres, dass hier das völkische Problem künftighin nicht mehr durch das Herausholen und Aufpäppeln einzelner sogenannter Deutscher gelöst werden kann. Die Umvolkungspolitik muss sich an Massen wenden, allerdings an vorgeprüfte Massen und diese von Stadium zu Stadium folgerichtig zum Deutschtum hinüberführen.

Ueber Einzelvorkommnisse im Berichtsmonat ist folgendes zu erwähnen :

In der letzten Zeit ist in der mährischen Slowakei starke Beunruhigung durch Gerüchte entstanden, die im slowakischen Staate umlaufen und nach denen die Bezirkshauptmannschaften Göding, Ung.Hradisch, Ung.Brod und Zlin angeblich an den slowakischen Staat zum Ausgleich von Abtretungen an Ungarn abgegeben werden sollen. Die Gerüchte sollen mit grosser Bestimmtheit auftreten und auch von Deutschen, die im slowakischen Staate wohnen, weitergegeben werden. Da seit 1000 Jahren der Zug der Weissen Karpaten und der Marchlauf die natürliche Grenze zwischen Ungarn und dem Reiche gebildet haben und der heutige slowakische Staat sich in der hiesigen Gegend keiner besonderen Beliebtheit erfreut, lehnt die Bevölkerung trotz der Aussicht, mit stammesgleichen Slawen im Staatsverbande zu stehen, den Gedanken eines Ueberganges zum slowakischen Staat auf das allerentschiedenste ab.

Am 7.11.1941 empfing ich den Besuch eines Dozenten Dr.Tomas Krejčí aus Prag, der von dem Führer des NS Ritter

13a

von Fousek vorher schriftlich angemeldet worden war. Krejčí, ein Brünner, gab sich als Vertrauensmann des NS zu erkennen, der beauftragt sei, die deutschen Dienststellen über die lokalen Absichten der Organisation zu unterrichten. Es kam dabei Krejčí besonders darauf an, mir irgend eine Stellungnahme abzulocken. Immer wieder fragte er mich, ob ich mit den örtlichen Vertretern des NS zufrieden sei, warum etwa nicht und welche personellen Änderungen ich wünsche. Ich erklärte ihm rundwegs, dass ich mich zur Beantwortung derartiger Fragen nicht für legitimiert halte, da ich dadurch eine Verantwortung übernehmen würde, die der Natur der Sache nach nur von der Organisation selbst getragen werden könne. Seit Jahr und Tag habe ich übrigens immer wieder den absolut schlechten Einfluss des NS auf die hiesigen Massen betont, ich weiss, dass jeder Zug, den ich für eine positive Entwicklung hier getan habe, gerade von dieser Seite mit einem Gegenzug beantwortet wurde und ich kann immer wieder nur meine Meinung dahin präzisieren, dass das NS in den Räumen, die für eine Umvolkung in Frage kommen, ehestens beseitigt werden soll.

Am 3.11.1941 wurde ^{in Goding} durch Landesvizepräsidenten Dr. Schwabe mit Oberkommissär Dr. Edgar Paul der erste deutsche Bezirkshauptmann im Oberlandratsbezirk Zlin in sein Amt eingeführt. Dr. Paul, ein Südmährler, bringt nach meiner Ueberzeugung die besten Vorsätze für eine gedeihliche Wirksamkeit mit und ist für einen guten Rat empfänglich, dessen er bedarf, da er in der Leitung von Behörden noch keine Erfahrung besitzt. Dr. Paul berichtet mir, dass sein Eintritt in das Amt zunächst bei der Beamtenschaft, unter der sich ein einziger Deutscher befindet, grosse Verängstigung hervorgerufen habe. Ein schweres Problem sieht er gegenwärtig in den bevorstehenden Sprachprüfungen. Er weiss, dass er die Beamten einestheils nicht entbehren können wird, dass aber andererseits deren vielfach mangelhaften deutschen Sprachkenntnisse einen Misserfolg in der Prüfung

06752



nach sich ziehen muss. Was den Leuten fehlt, ist vor allem die deutsche Konversation, d.h. die Konversation mit Deutschen. Wir verlangen hier zwar bestimmte Fähigkeiten, aber niemandem von uns fällt es ein, sich mit einem schlecht deutsch sprechenden tschechischen Beamten abzugeben oder gar abzumühen.

In dem typisch mährisch-slowakischen Weinorte Gr. Blatnitz wurde bei einer durch die Bezirkshauptmannschaft veranstaltete Razzia vor ungefähr 6 Wochen festgestellt, dass etwa 270 Schweine der Anmeldung entzogen waren. Da zweifellos ein pflichtwidriges Verhalten des Gemeinderates vorlag, wurden die Bürgermeister und die Gemeinderatmitglieder von der Geheimen Staatspolizei in Haft genommen. Richtig war, dass der Gemeinderat in Gr. Blatnitz noch etwas mehr getan hatte, als andere Gemeinderäte, indem bei der Schweinezählung seine Mitglieder von Haus zu Haus gegangen waren, während anderwärts die Schweinehalter lediglich aufgefordert wurden, die Stückzahl bei der Gemeindebehörde anzugeben. Auch ergab sich, dass die Bürgermeister und Gemeinderatmitglieder selbst keine Schweine verschwiegen hatten. Die Geheime Staatspolizei hat inzwischen die Verhafteten wieder entlassen. Dieser grosszügige Akt hat in Gross-Blatnitz wie in der weiten Umgebung den tiefsten Eindruck hervorgerufen. Die Gemeinde wollte ihre Dankbarkeit durch ein Freudenfest mit deutschfreundlichem Charakter zum Ausdruck bringen, Schweine für deutsche verwundete Soldaten zur Verfügung stellen, zwar Dinge, die ich dankend ablehnen musste, die mir aber doch zeigten, dass zu gewissen Zeiten auch ein Gnadenakt auf guten Boden fällt.

Die Viehzählung am 24.10.1941 hat übrigens im Oberlandratsbezirk bezüglich des Grossvieh- und Schweinebestandes glänzende Ergebnisse gezeigt. In dem landwirtschaftlich wertvollen Bezirk Ung. Hradisch ergab sich ein Grossviehbestand von ungefähr der gleichen Höhe wie am 4.12.1939. Der Schweinebestand betrug dort

14a



am 4.12.1938	24.000 Stück
am 4.12.1939	29.800 Stück
am 4. 6.1941	14.800 Stück
am 4. 9.1941	22.000 Stück
am 24.10.1941	39.000 Stück.

Beachtlich ist der im Juni 1941 auf Grund der politischen Hetze erreichte Tiefstand der Anmeldungen.

In der Zeit vom 25.10. bis 28.10.1941 wurde die Stadt Zlin durch eine Reihe von Terrorakten in Atem gehalten, deren Urhebererschaft zunächst geheimnisvoll erschien. In der Garage des Oberlandratsamtes wurde Brand zu legen versucht, an mehreren öffentlichen Gebäuden der Stadt wurden Sprengkörper zur Explosion gebracht, ein Kraftwagen des Polizei-Batl. Holleschau wurde auf offener Strasse entführt u.a.m. Als Täter wurde durch die tschechische Kommunalpolizei in Zlin ein junger Bursche namens Noak, Maschinist bei Baťa, festgenommen. Soweit ich unterrichtet bin, hat der Täter aus eigener Initiative gehandelt. Nach meinen hiesigen Erfahrungen wird man dies glauben dürfen, denn die Tschechen der Baťa-Gefolgschaft unterscheiden sich von ihren Brüdern in Böhmen nicht etwa durch eine grosse politische Zuverlässigkeit, sondern durch die grössere Zucht und die nüchternere Denkungsweise. Bei den nahen Beziehungen, die zwischen Eliaš und dem führenden Baťa-Mann Čipera bestanden haben, angesichts der Tatsache, dass seit 1939 der Sohn des Tomas Baťa in Kanada und der Stiefbruder des Tomas Baťa, der bekannte Dr. Jan Baťa, irgendwo sonst in Amerika sich aufhält, vermag ich bei den führenden Tschechen des Unternehmens lediglich ein grösseres Mass der Vorsicht, keineswegs aber eine Aufgeschlossenheit für den grossdeutschen Gedanken wahrzunehmen. Dass das Unternehmen als kriegswirtschaftlicher Faktor wichtig ist und hierbei korrekt handelt, konnte bisher festgestellt werden, dass das Unternehmen geeigenschaftet ist, als Exportfaktor besonders

06751



43
15

nach dem Osten in einer grossdeutschen Wirtschaft eine beachtliche Rolle zu spielen, steht ausser Zweifel, auf alle Fälle wirkt es aber heute noch im mährischen Raume als stärkster Faktor des Prager Zentralismus und somit als Hindernis für die Assimilierungspolitik. Es wäre an der Zeit, hier wie bei anderen tschechischen Grossunternehmungen die Beteiligung von deutschem Kapital ins Auge zu fassen.

V. Bayerl